

27. Juni 2014

## Ost-Ausschuss-Umfrage zur Ukraine-Krise

### Ost-Ausschuss-Umfrage: Ukraine-Krise wird zur Belastung für die deutsche Wirtschaft

Die Ukraine-Krise wirkt sich erheblich auf Unternehmen aus, die in Russland und der Ukraine investiert sind. Dies zeigt eine Umfrage des Ost-Ausschusses unter rund hundert deutschen Unternehmen, die der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes in Berlin vorstellte. „Diese Krise ist Gift für die Konjunktur in Russland und der Ukraine. Je länger sie dauert, desto größer sind die Infektionsgefahren für die umliegenden Volkswirtschaften und für Deutschland“, sagte Cordes. „Deshalb erhoffen wir uns von allen Beteiligten, dass sie eine Ausweitung der Krise verhindern und die sich jetzt bietenden Chancen zu einer Deeskalation entschlossen nutzen.“

Laut der Ost-Ausschuss-Umfrage beobachten in Russland bereits 60 Prozent der befragten Unternehmen negative Auswirkungen durch die politischen Spannungen auf ihr Geschäft. Beklagt wird eine generelle konjunkturelle Abkühlung (45 Prozent), zunehmende Finanzierungsprobleme (25 Prozent), sowie ein wachsender Protektionismus (20 Prozent). In der Ukraine leiden 87 Prozent der befragten deutschen Unternehmen unter der Krise.

Diese negative Entwicklung wird durch die aktuellen Handelszahlen bestätigt, die der Ost-Ausschuss für den Zeitraum Januar bis April 2014 berechnet hat. Demnach gingen die deutschen Exporte in die Ukraine in den ersten vier Monaten 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent zurück. Die deutsche Wirtschaft ging hier im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Exportvolumen von über 500 Millionen Euro verloren. Wirtschaftlich noch gravierender ist der Rückgang der Exporte nach Russland um 14 Prozent oder umgerechnet 1,7 Milliarden Euro im selben Zeitraum. „Dieser Exporteinbruch gefährdet in Deutschland aufs Jahr gerechnet 25.000 Arbeitsplätze“, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes.

Für Russland befürchten mittlerweile 53 Prozent der befragten Unternehmen eine Rezession in den kommenden zwölf Monaten. Im Januar 2014 hatte dieser Umfragewert nur bei 14 Prozent gelegen. Auch hier fallen die Zahlen für die Ukraine noch dramatischer aus: 55 Prozent der Befragten sagen für die Ukraine eine schwere Rezession voraus, weitere 22 Prozent zumindest noch eine leichte Rezession. Nur neun Prozent sehen noch eine Chance für leichtes Wachstum bis Sommer 2015.

Die Zahl der Unternehmen, die auf die Krise mit der Überprüfung geplanter Investitionen reagiert, ist erheblich: 22 Prozent der befragten Unternehmen geben an, sie hätten Investitionen in Russland auf Eis gelegt. Die Gesamtsumme dieser Investitionen liegt bei 83 Millionen Euro. Da zu Jahresbeginn nur 38 Prozent der Unternehmen überhaupt neue Investitionen planten, ist davon auszugehen, dass bereits jedes zweite Projekt wegen der Krise verschoben oder abgesagt wurde. Für die Ukraine hat die Umfrage ergeben, dass hier Investitionen im Wert von 55 Millionen Euro derzeit nicht realisiert werden.

Der mögliche Einsatz von Wirtschaftssanktionen zur Lösung der Ukraine-Krise wird von den davon direkt betroffenen Unternehmen kritisch gesehen: 47 Prozent der Befragten würden Wirtschaftssanktionen als allerletztes Mittel in der aktuellen politischen Auseinandersetzung akzeptieren. 44 Prozent und damit eine fast gleich große Gruppe hält Wirtschaftssanktionen dagegen für ein völlig ungeeignetes Mittel. Hier müsse es eine klare Trennung von Wirtschaft und Politik geben. Nur neun Prozent der Befragten sehen nach dem russischen Vorgehen auf der Krim die Notwendigkeit für Wirtschaftssanktionen.

Gefragt nach Lösungsmöglichkeiten für die Krise setzen die Unternehmen insbesondere zwei Prioritäten: Eine schnellstmögliche Verständigung der ukrainischen Regierung über eine Zusammenarbeit mit dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung sowie die Aufnahme trilateraler Gespräche der EU, der Ukraine und Russlands über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.

An der Umfrage hatten sich insgesamt 105 Unternehmen beteiligt, die gemeinsam einen Umsatz von 20 Milliarden Euro in Russland und 3,2 Milliarden Euro in der Ukraine erreichen und in beiden Ländern zusammen knapp 70.000 Mitarbeiter beschäftigen.

### Stipendienprogramm für künftige ukrainische Manager

Um die Reformprozesse in der Ukraine zu unterstützen, wird der Ost-Ausschuss zum Herbst 2014 in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein neues Stipendienprogramm auflegen. 20 bis 30 Studierende aus der Ukraine kommen dazu für bis zu fünf Monate zu Praktika in deutsche Unternehmen. „An diesem Programm werden wir Ukrainer aus dem West- und dem Ostteil gleichermaßen beteiligen und so nicht nur einen Beitrag zum Know-how-Transfer, sondern auch zur innerukrainischen Verständigung leisten“, kündigte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses Rainer Lindner an. Nach dem Ende der Kampfhandlungen seien besonders die wirtschaftliche Erholung der Ukraine und die Vermeidung von neuen Handelskonflikten mit Russland wichtig, betonte Lindner.

### Positive Entwicklung in Südosteuropa

Die Ukraine-Krise teilt Osteuropa derzeit konjunkturell in zwei Hälften: Während die Nachfrage nach deutschen Exporten in den GUS-Ländern, einschließlich der zentralasiatischen Länder, die erheblich auf Konjunkturimpulse aus Russland angewiesen sind, zurückgeht, entwickelte sich die Nachfrage nach deutschen Waren in den meisten Ländern Südosteuropas wie zum Beispiel Rumänien (+12 Prozent), Bulgarien (+22 Prozent) und Ungarn (+14 Prozent), sowie in den EU-Nachbarländern Polen (+10 Prozent) und Tschechien (+9 Prozent) sehr positiv. Insgesamt fällt das Exportergebnis des Osthandels mit einem Plus von knapp 3 Prozent nur unwesentlich schwächer aus, als das gesamte deutsche Handelsergebnis für die ersten vier Monate (+3,1 Prozent). „Diese positive Entwicklung in Südosteuropa hilft uns derzeit, die Ukraine-Krise wirtschaftlich abzufedern. Umso wichtiger ist es, dass diese Region nicht in den Sog der Krise hineingerät“, sagte Cordes.

## Art der aktuellen Artikel:

- [Pressemitteilung](#) [1]

**Source URL:** <http://www.ost-ausschuss.de/node/714>

### Links

[1] <http://www.ost-ausschuss.de/category/art-der-aktuellen-artikel/pressemitteilung>